

SoVD fordert besseren Schutz für von Gewalt betroffene Frauen

## „Die Situation ist ein Desaster“

Jede dritte Frau in Deutschland hat in ihrem Leben bereits körperliche und/oder sexualisierte Gewalt erlebt. Bei Frauen mit Behinderung liegt die Zahl etwa doppelt so hoch. In diesen Fällen benötigen die Betroffenen schnellen und unkomplizierten Schutz. In Niedersachsen gibt es jedoch zu wenig Plätze in Frauenhäusern. In manchen Landkreisen sind gar keine entsprechenden Einrichtungen vorhanden. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb anlässlich des „Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen“ die verbindliche Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und eine ausreichende Finanzierung.

In Niedersachsen gab es im vergangenen Jahr täglich durchschnittlich 74 polizeilich erfasste Fälle häuslicher Gewalt – also knapp 27.000 innerhalb eines Jahres. Im Gegenzug gibt es jedoch nur 45 Frauenhäuser, die 2.200 Frauen und ihren Kindern Schutz bieten können. „Diese Zahlen sind ein Desaster. Sie machen sehr deutlich, wie schlecht es um die Versorgung von gewaltbetroffenen Frauen in Niedersachsen steht“, betont Annette Krämer, SoVD-Verbandsratsmitglied für Frauen- und Familienpolitik. Das sei insbesondere deshalb erschütternd, da Deutschland sich mit Inkrafttreten der Istanbul-Konvention 2018 dazu verpflichtet hat, die Anforderungen zur Prävention und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt umzusetzen. „Seit fünf Jahren passiert hier allerdings viel zu wenig. Das muss sich dringend ändern“, fordert Krämer. Es sei nicht hinnehmbar, dass es so wenig verfügbare Plätze in Frauenhäusern gebe. „In den Landkreisen Fries-



Foto: Diego Cervo / Adobe Stock

**Ein Viertel aller Frauen erlebt körperliche und/oder sexualisierte Gewalt in der Partnerschaft.**

land, Holzminden, Osterholz, Wesermarsch und Wittmund gibt es sogar gar keine entsprechenden Einrichtungen. Das ist für die betroffenen Frauen eine Katastrophe“, sagt das SoVD-Verbandsratsmitglied. Außerdem werde das Thema Barrierefreiheit sträflich vernachlässigt. „Das ist ein enormes Problem, da gerade Frauen mit Behinderung fast doppelt so häufig von Gewalt betroffen sind wie Frauen ohne Behinderung“, erläutert

Krämer weiter und ergänzt: „Die Politik muss dringend mehr Geld in die Hand nehmen und Frauenhäuser sowie Beratungsstellen verlässlich finanzieren.“

Wer mehr zu dem Thema „Gewalt an Frauen“ erfahren möchte, kann in die aktuelle Folge des SoVD-Podcasts „Kein Ponyhof – aus dem Alltag einer Sozialberatung“ Reinhören. Diese ist unter [www.sovd-nds.de/podcast](http://www.sovd-nds.de/podcast) sowie auf allen gängigen Podcast-Plattformen abrufbar.

Beträge bei Vermögen und geschütztem Eigentum anpassen  
**Grundsicherung: Benachteiligung beenden**

Bei der Grundsicherung gibt es einen Vermögensschonbetrag und das Eigentum, wie etwa eine Wohnung, ist zum Teil geschützt. Allerdings liegen die Beträge unter denen anderer Sozialleistungsbezieher\*innen. Der SoVD kritisiert diese Ungleichbehandlung.

Fast 18 Prozent der Rentner\*innen in Niedersachsen sind armutsgefährdet. Viele wissen nicht, wie sie finanziell ihren Alltag stemmen sollen. „Für genau solche Fälle gibt es die Grundsicherung. Sie soll die Existenz der Betroffenen schützen“, erläutert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Damit gehört die Grundsicherung zu den sogenannten Sozialleistungen wie auch die Sozialhilfe oder das Bürgergeld. Der Unterschied: Im Gegensatz zum Bürgergeld dürfen Bezieher\*innen von Grundsicherung und Sozialhilfe 5.000 Euro weniger Vermögen behalten und auch bei der Größe des geschützten Eigentums wird mit zweierlei Maß gemessen: Während Bürgergeld-Empfänger\*innen 130 Quadratmeter geschütztes Eigentum haben, sind es bei Betroffenen in der Grundsicherung 80 Quadratmeter.

„Das ist hochgradig ungerecht. Egal, ob Bürgergeld, Sozialhilfe oder Grundsicherung – alle Empfänger\*innen müssen gleichbehandelt werden“, sagt Swinke. Das bedeutet: „Die Schonbeträge in der Grundsicherung müssen angehoben werden.“ Es gebe zwar einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, dieser sehe aber keine ausreichenden Maßnahmen vor. „Mit dieser Ungerechtigkeit treibt die Politik einen Keil zwischen die Betroffenen. Das darf nicht sein. Alle Bedürftigen müssen gleichbehandelt werden“, betont der niedersächsische SoVD-Chef. Deshalb fordert er die niedersächsischen Bundestagsabgeordneten auf, auf eine bessere Lösung zu drängen. „Es darf nicht sein, dass wir bei dem Thema solche Unterschiede machen“, so Swinke.



Foto: Lek / Adobe Stock

„Internationaler Tag für Toleranz“ am 16. November

## Politik muss mehr gegen Demokratiegefährdung tun

Aktuelle Studien zeigen: Demokratiegefährdende Einstellungen nehmen in Deutschland deutlich zu. Der SoVD in Niedersachsen betrachtet diese Entwicklung mit großer Sorge. Anlässlich des diesjährigen „Internationalen Tags für Toleranz“ am 16. November fordert der Verband deshalb einen größeren gemeinsamen Einsatz aller demokratischen Parteien im Landtag sowie mehr Engagement bei der Bekämpfung von Armut.

Die sogenannte „Mitte-Studie“ zeigt, dass 8,3 Prozent der Deutschen ein gefestigt rechtsextrêmes Weltbild haben und ihre Einstellung als demokratiegefährdend eingestuft werden kann. „Das ist eine erschreckende Zahl und sollte für die Politik ein Weckruf sein“, findet Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Als größter Sozialverband in Niedersachsen sei der SoVD jedenfalls alarmiert. „Seit unserer Gründung vor über hundert Jahren setzen wir uns für Vielfalt sowie Solidarität ein und bieten unseren Mitgliedern eine starke Gemeinschaft. Toleranz ist dabei wichtig für ein friedliches Miteinander“, so Swinke weiter.

Den „Tag der Toleranz“ nutzt der SoVD deshalb, um die Politik einmal mehr wachzurütteln. „Dieser Entwicklung müssen wir uns alle gemeinsam entgegenstellen – auch die demokratischen Parteien im Landtag. Es braucht ein geeintes Vorgehen von SPD, Grünen und CDU“, betont der Vorstandsvorsitzende. In seinen Augen gibt es insbesondere zwei Bereiche, in denen die Politik sofort handeln muss: „Die Armut in Niedersachsen muss wirksam bekämpft werden und in der Bildung müssen Toleranz und demokratische Grundwerte eine größere Rolle spielen.“

Durch die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich verlieren gerade ar-

mutgefährdete Menschen ihr Vertrauen in Institutionen und Politik. Das zeigt eine aktuelle Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung. „Die Erhebung macht deutlich, dass eine Bekämpfung der Einkommensungleichheit enorm wichtig ist, um unsere Demokratie zu schützen. Damit muss die Politik endlich anfangen“, so Swinke. Da gehe es zum Beispiel um mehr und bessere Angebote im schulischen und außerschulischen Bereich, um Kinderarmut zu verhindern. Außerdem müsse es eine bessere Versorgung von Senior\*innen geben, die im Alter nicht von ihrer Rente leben können.



Foto: yurakrasil / Adobe Stock

**Aus Sicht des SoVD muss unter anderem die Einkommensungleichheit bekämpft werden, um die Demokratie zu schützen.**